



„Unsere individuelle Freiheit ist bedroht“

Digitaler Kapitalismus als Gamechanger stellt staatliches Monopol in Frage

Der Anlass für das KLIPP-Gespräch ist höchst aktuell. Österreichs Wirtschaft steckt in einer Schulden- und Budgetkrise. Diese schrumpft in Europa zum dritten Mal in Folge. Der international anerkannte, vielfach ausgezeichnete Volkswirtschaftsexperte Prof. Heinz D. Kurz liefert in seinen Arbeiten logische, nachvollziehbare Analysen für Wege aus dieser Sackgasse. Basierend auf Schumpeters Theorie der kreativen Zerstörung.

*Einer ihrer Essays aus dem Jahr 2018 hat den Titel „Vermögen ist Macht und Macht gehört beschränkt.“ Ein Satz des britischen Philosophen Thomas Hobbes.**

Kurz: Gegenwärtig das Beispiel schlechthin sind insbesondere die amerikanischen „Big Five“ Apple, Google, Facebook, Amazon,

Microsoft. Sie verfügen über eine ständig wachsende wirtschaftliche und politische Macht, die nicht nur die individuelle Freiheit, sondern auch das staatliche Gewaltmonopol infrage stellt. Bei den Big Five handelt es sich, einem Kommentator zufolge, um „metastasierende Krebsgeschwüre“.

Woher stammt diese Macht und was kann man dagegen tun?

Kurz: Der Aufstieg der genannten Firmen ist aufs Engste mit der heute vorherrschenden Art des technischen Fortschritts verbunden. Dieser Fortschritt ist in erheblichem Maß das Ergebnis der von der öffentlichen Hand in den USA finanzierten militärischen und nachrichtentechnischen Forschung. Diese hat das Internet hervorgebracht und die „vierte industrielle Revolution“ induziert.

^ySie basiert stark auf künstlicher Intelligenz, Robotern, selbstlernenden Systemen, Maschinen und Algorithmen, die nie schlafen, und während sie arbeiten ständig ihre Leistungsfähigkeit verbessern. Sammlung und Auswertung von Feedbackdaten optimieren die Effizienz des Systems und erweitern seinen Anwendungsbereich.

Je größer die kumulierte Menge an verarbeiteten Daten, desto besser die Performance?

Kurz: Ja, wer einmal vorne liegt, ist kaum mehr einholbar. Maschinen werden dem Menschen zum Konkurrenten und verdrängen ihn fortschreitend aus überlieferten Tätigkeiten und Berufen. Netzwerkeffekte in der Plattformwirtschaft verstärken die Tendenz zur Monopolbildung. Mit der Zahl der Kunden steigt die Attraktivität des Netzwerkes: Was groß ist, wird noch größer. Es entstehen „Superstarfirmen“ mit geringer Beschäftigung und hohem Automatisierungsgrad, vergleichbar einer fast unbemannten Rakete, die im Flug selbsttätig wachsende Mengen neuen Treibstoffs ansaugt und an Größe und Gewicht zunimmt.

Wir leben im Zeitalter des Datenkapitalismus.

Kurz: Der glückliche Besitzer

einer Superstarfirma erzielt, egal, ob er wacht oder schläft, gigantische Gewinne und häuft unvorstellbare Vermögen an. Der Markt ist effizient, fair und gerecht, lautet eine naive, aber weitverbreitete Meinung.

Ist er das auch dann, wenn der Wettbewerb nicht mehr funktioniert und neue Firmen beim Versuch des Markteintritts auf unüberwindliche Hürden stoßen? Und wem stehen die Gewinne überhaupt zu?

Kurz: In Silicon Valley begegnen wir einer hybriden, öffentlich-privaten Wirtschaftsform. Der Staat finanziert die Entwicklung militärischer und nachrichtendienstlicher Technologien und überlässt anschließend den damit beauftragten Firmen die kommerzielle Verwertung der zivilen Spin-offs. Gegebenenfalls deckt er sogar noch das Risiko beim Aufbau neuer Märkte ab und die Rechtsordnung sichert die Aneignung der sich ergebenden Monopolprofite – fürwahr ein für die beteiligten Unternehmen formidables Geschäft: Sozialisierung der Innovationskosten, Privatisierung der Gewinne!

Und wie bedanken sich die Unternehmen für die Gunstbezeugung des Souveräns, des Steuerzahlers?

Wer war Joseph Alois Schumpeter

8.2.1883 geboren in Triesch, Mähren, Tschechische Republik; 8.1.1950 gestorben in Taconic, Vereinigte Staaten.

Pionier der Wachstums- und Entwicklungsökonomik

Joseph Alois Schumpeter wurde 1909 an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien habilitiert und zum Privatdozenten ernannt. Im darauffolgenden Herbst wurde er außerordentlicher Professor an der Universität von Czernowitz. 1911

kehrte er nach Graz zurück. Er fungierte 1919 als Wirtschaftsminister in der Regierung Renner II. 1925 wurde er an die Universität Bonn berufen und 1932 an die Harvard University. Mit seinen umfangreichen Werken gilt Schumpeter als einer der herausragenden Ökonomen des 20. Jahrhunderts und als Pionier der Wachstums- und Entwicklungsökonomik. Gemeinsam mit Ragnar Frisch begründete er die Econometric Society.



Kurz: Einerseits, indem sie ihre Firmensitze in Steuerparadiese verlegen und auf diese Weise u.a. einen ruinösen Steuerwettbewerb zwischen Ländern und Regionen auslösen. Eine Besteuerung nach dem Ort des Geschäftsaufalls und nicht des Firmensitzes kann begrenzt Abhilfe schaffen. Andererseits, indem sie die neuen Märkte nach eigenem Gutdünken gestalten, häufig jenseits der geltenden Gewerbeordnung, des Arbeitsrechts und Arbeitnehmerschutzes, usw. Dies bedeutet einen unfairen Wettbewerb gegenüber traditionellen, Steuer zahlenden Firmen. Im schlimmsten Fall sehen sich diese genötigt, in die Schattenwirtschaft abzutauchen, was die Steuerbasis weiter schmälert. Plattformen erzeugen neben einigen „lovely“ viele „lousy jobs“ sowie ein neues Prekarariat: „Cloud workers“, digitale Taglöhner, Quasi-Selbstständige ohne Krankenversicherung und Altersvorsorge. In der „Gig Economy“ steht das alte Verlagsystem in neuer Form wieder auf.

Unser Dilemma: Einer relativ schrumpfenden Steuerbasis stehen wachsende Staatsaufgaben gegenüber: Bereitstellung einer digitalen Infrastruktur, Bekämpfung technologischer Arbeitslosigkeit, ausgreifende Sozialpolitik, Regulierung des Datenkapitalismus, Bekämpfung von Cyberkriminalität, Umgestaltung des Ausbildungswesens und vieles mehr.

Kurz: Ein Nulldefizit ist vor diesem Hintergrund nicht nur ein frommer Wunsch, sondern eine gefährliche Drohung. Ein ausgeglichenes Budget kann für sich genommen kein substantielles Ziel sein.

Die entscheidende Frage ist also, welche Ausgaben die öffentliche Hand wie finanziert.

Kurz: Der Staat dürfe keine Schulden machen, denn er belaste damit zukünftige Generationen,

lautet das allerorten gedankenlos repitierte Mantra. Das Gegenteil hießt nicht richtig sein. Wenn der Staat Investitionen in die Infrastruktur digitales Breitband, Verkehrssystem, Forschung, Universitäten usw. per Kredit finanziert, erhöht er das Sozialkapital. Tut er dies zu einem Zinssatz von $x\%$ und trägt er mit der Investition zu einer Steigerung des Sozialprodukts und Steueraufkommens um $y\%$ bei, so „rentiert“ sich die Investition, wenn y größer als x ist. Unterlässt er in diesem Fall die Investition, werden zukünftige Generationen zu Recht fragen, wieso man ihnen eine inferiore, ihre Chancen besneidende Infrastruktur hinterlassen hat.

Wie kann sichergestellt werden, dass große Teile der Bevölkerung sich infolge technischen Fortschritts nicht schlechter stellen?

Kurz: Nur dann ist mit einer reibungslosen Absorption des Neuen zu rechnen. Andernfalls werden Effizienz und Produktivität unter den sich ergebenden sozialen und politischen Spannungen und Konflikten leiden. Selbst, wenn das Steueraufkommen angesichts großer Freibeträge gering sein sollte, Chancengleichheit der Jüngeren bedeutet Verringerung des Einflusses von Vermögen und damit Macht im gesellschaftlichen Spiel - eine urreibungslose Forderung.

Mittlerweile ist die fiskalische Ergebzigkeit einer Erbschafts- und Vermögenssteuer indes keineswegs mehr vernachlässigbar.

Kurz: Reiche Gesellschaften weisen große Vermögen auf und deren sich verstärkende ungleiche Verteilung trägt zur weiteren fiskalischen Ergebzigkeit der Steuer bei. Es gibt bei entsprechender Ausgestaltung der Steuer auch keinen Grund zur Befürchtung, der Anreiz zu wirtschaftlicher Rührigkeit werde untergraben. Mit diesem Argument soll keiner ausufernden

Besteuerung das Wort geredet werden. Vor dem Hintergrund der aktuellen technologischen Entwicklung ist eine kritische Überprüfung überliefelter Glaubenshaltungen jedoch unabdingbar.

Man darf also nicht glauben, mit alten Rezepten, neue Probleme bewältigen zu können. Nötig wäre daher auch ein Regimewechsel in der Politik.

bilität können langfristig aufrechterhalten werden, wenn die reichsten Mitglieder einer Gesellschaft weiterhin sinkende Steuersätze auf schnell steigende Monopolgewinne genießen, wie in den USA und andernorts, während größere Teile der Bevölkerung zunehmende Vernachlässigung und Verzweiflung verspüren.

Wohin führt das?

Kurz: Das demokratische Prinzip „One voter, one vote“ läuft Gefahr, vom pekuniokratischen „One Dollar, one vote“ abgelöst zu werden. Dabei ist von den mit den neuen Techniken verbundenen Manipulationsmöglichkeiten noch gar nicht ernsthaft die Rede gewesen.

*Die KLIPP-Fragen fußen auf Formulierungen aus dem Essay

www.klippmagazin.at